

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

24.03.2026

Spitzenverbände stehen für Unantastbarkeit der Menschenwürde

Freie Wohlfahrtspflege stützt Absage des Bundeskanzlers an mögliche Koalition mit Rechtspopulisten

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich bei ihrem Treffen mit der aktuellen politischen Situation nach den Landtagswahlen und den Konsequenzen für die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege befasst. Ihre Positionierung leiten die Verbände aus dem Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege ab.

Dazu erklärt der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW e.V.), Achim Meyer auf der Heyde: „Bei aller Vielfalt der Verbandskulturen verbindet uns der Wertekanon der Freien Wohlfahrtspflege. Als Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege stehen

wir für eine inklusive Gesellschaft und engagieren uns für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit unseren sozialen Angeboten wirken wir vielerorts auch als Bollwerk für die Demokratie. Diese Werte stehen im Widerspruch zu den ausgrenzenden und abwertenden Gesellschafts- und Menschenbildern von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Insofern sehen wir die Menschen, mit denen und für die wir arbeiten, sowie ihre Versorgung bedroht, wenn Rechtspopulisten Zugriff auf Regierungsmacht hätten.“

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege begrüßen deshalb, dass Bundeskanzler Friedrich Merz auf dem CDU-Parteitag am 20. Februar 2026 allen Überlegungen zu möglichen Koalitionen mit der AfD eine Absage erteilt hat. Dies ist ein wichtiges Ergebnis ihres gestrigen Spitzentreffens, in dem sie sich mit den menschenfeindlichen Äußerungen sowie Angriffen von Rechtspopulisten und Rechtsextremen auch gegenüber Akteuren und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege befasst hatten.

Meyer auf der Heyde unterstreicht zudem: „Diese klarstellende Entscheidung des Bundeskanzlers Merz hat unsere volle Unterstützung. Für diese klaren Worte gibt es Rückenwind aus der Wohlfahrt.“

Bereits jetzt sind Akteure und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege von verbalen Verzerrungen und gar tätlichen Angriffen und Markierungen betroffen.

„Wenn einzelne von uns markiert und angegriffen werden, dürfen wir uns nicht wegducken, sondern stehen füreinander ein. Schließlich könnte jeder und jede von uns als nächstes von Rechtspopulisten markiert werden. Deshalb verabreden wir eine Solidaritäts-Garantie“ - so Meyer auf der Heyde.

Dateien

[Pressemitteilung](#) 130 KB

[Zum Seitenanfang](#)